

Umsatzsteuerinformationen Stand März/2009

Selbstständige Heilpädagogen und Heilpädagoginnen sind nach § 2 Umsatzsteuergesetz (im folgenden „UStG“) umsatzsteuerlich betrachtet „Unternehmer“. Das gilt grundsätzlich sowohl für Praxisinhaber, als auch für sog. Honorarkräfte. Nach § 1 Abs. 1 UStG sind steuerbare Umsätze insbesondere die Lieferungen und sonstigen Leistungen, die ein Unternehmer im Rahmen seines Unternehmens ausführt. Ein selbstständiger Heilpädagoge erbringt regelmäßig sonstige Leistungen. Diese sind umsatzsteuerpflichtig, es sei denn, eine Befreiungsvorschrift läge vor.

a) Nach § 4 Nr. 14 a) UStG sind Heilbehandlungen im Bereich der Humanmedizin, die im Rahmen der Ausübung der Tätigkeit als Arzt, Physiotherapeut oder einer ähnlichen heilberuflichen Tätigkeit durchgeführt werden, umsatzsteuerfrei. Ob die selbstständige Tätigkeit eines Heilpädagogen als heilberufliche Tätigkeit zu verstehen ist, ist insbesondere abhängig von der jeweils im Einzelfall erbrachten Leistung im Hinblick auf die Behandlung von Krankheiten und Linderung von Schmerzen. Überwiegend wird das Vorliegen einer heilberuflichen Tätigkeit jedoch bestritten.

b) Durch das Jahressteuergesetz 2008 wurde § 4 Nr. 25 UStG geändert. Seit Anfang 2008 sind daher Leistungen der Jugendhilfe nach § 2 Abs. 2 SGB VIII, also insbesondere auch die Hilfe für seelisch behinderte Kinder und Jugendliche nach § 35a SGB VIII (Eingliederungshilfe), auch nach nationalem Recht zukünftig umsatzsteuerbefreit, soweit die Leistungen der Einrichtung im vorangegangenen Kalenderjahr zumindest überwiegend von einem Träger der öffentlichen Jugendhilfe (z. B. Jugendamt) vergütet wurden.

c) Für den Bereich der Sozialhilfe gilt der durch das Jahressteuergesetz 2009 mit Wirkung ab 25.12.2008 neugefasste § 4 Nr. 16 h) und k) UStG. Danach sind Leistungen selbstständiger Heilpädagogen zur Betreuung oder Pflege körperlich, geistig oder seelisch hilfsbedürftiger Personen umsatzsteuerbefreit, wenn eine Vereinbarung nach § 75 SGB XII (Vergütungsvereinbarung etc.) besteht oder im vergangenen Kalenderjahr die Kosten in mindestens 40 % der Fälle von den Trägern der Sozialhilfe vergütet wurden.

Jeder Einzelfall sollte jedoch gesondert geprüft werden. Dies gilt um so mehr als Steuerbefreiungsvorschriften als Ausnahmenvorschriften grundsätzlich eng auszulegen sind. Praxisneueröffner sollten daher auf jeden Fall die Frage der Umsatzsteuerbefreiung unter Angabe der genauen Einzeltätigkeit ihrem Rechtsanwalt oder Steuerberater zur Prüfung vorlegen. Gegebenenfalls kann auch eine kostenpflichtige verbindliche Auskunft des zuständigen Finanzamts nach § 89 Abs. 2 Abgabenordnung (AO) eingeholt werden, soweit noch nicht mit der Tätigkeit begonnen wurde.

Sofern keine Umsatzsteuerbefreiung greift, ist die Umsatzsteuer zu berechnen. Die Steuer ergibt sich aus der Multiplikation der Bemessungsgrundlage gemäß § 10 UStG mit dem Steuersatz gemäß § 12 Abs. 1 UStG. Der Steuersatz beträgt derzeit 19 %. Von der so errechneten Umsatzsteuer ist die sog. Vorsteuer nach § 15 Abs. 1

UStG, d. h. die Umsatzsteuer aus Rechnungen von Vorunternehmern, die der Heilpädagoge für sein Unternehmen erhält, abzuziehen.

Eine ordnungsgemäße Rechnung im umsatzsteuerlichen Sinn liegt nur vor, wenn abgerechnet wird,

- durch einen Unternehmer oder in seinem Auftrag durch einen Dritten
- über eine Lieferung oder sonstige Leistung
- gegenüber dem Leistungsempfänger.

Daraus ergibt sich, dass regelmäßig soweit aufgrund des sog. sozialrechtlichen Dreiecksverhältnisses die Patienten oder deren Sorgeberechtigte die Auftraggeber für Heilpädagogen sind, die Rechnungen auch auf diese und nicht auf die Sozial- oder Jugendämter auszustellen sind. Etwas anderes gilt nur soweit die Sozial- oder Jugendämter kraft ausdrücklicher Vereinbarung Auftraggeber der Leistung sind. Rechnungen sind regelmäßig 10 Jahre aufzubewahren.

Rechnungen haben ferner folgende Mindestbestandteile zu enthalten:

1. vollständiger Name und Anschrift des leistenden Unternehmers und des Leistungsempfängers (kein Kunstname),
2. Steuernummer oder USt.-Identifikationsnummer,
3. Ausstellungsdatum der Rechnung,
4. fortlaufende Rechnungsnummer, die vom Aussteller nur einmalig vergeben wird,
5. Menge und Art (handelsübliche Bezeichnung) des Liefergegenstandes oder Art und Umfang der sonstigen Leistung,
6. Zeitpunkt der Lieferung oder sonstigen Leistung,
7. das Entgelt für die Lieferung oder sonstige Leistung,
8. den anzuwendenden Steuersatz sowie den auf das Entgelt entfallenden Steuerbetrag oder im Falle einer Steuerbefreiung einen Hinweis darauf, daß eine Steuerbefreiung gilt.

Nicht umsatzsteuerpflichtig und daher auch nicht zum Vorsteuerabzug zugelassen sind sog. Kleinunternehmer nach § 19 UStG, bei denen der Umsatz zuzüglich der darauf entfallenden Umsatzsteuer im vorangegangenen Kalenderjahr € 17.500.- nicht überstiegen hat und im laufenden Kalenderjahr € 50.000.- voraussichtlich nicht übersteigen wird. Dies wird in vielen Fällen bei Honorarkräften in Frage kommen. Auf die Anwendung des § 19 UStG kann jedoch verzichtet werden.

Soweit ein Unternehmer die Umsatzsteuer unrichtig oder unberechtigt ausweist (etwa als Kleinunternehmer), schuldet er dennoch den ausgewiesenen Betrag nach § 14 c UStG.

Steuerpflichtige müssen neben der Einkommensteuererklärung für jedes Kalenderjahr eine Umsatzsteuererklärung abgeben. Nach § 18 UStG hat der Unternehmer daneben bis spätestens 10 Tage nach Ablauf des Voranmeldungszeitraums (je nach Höhe des Umsatzes monatlich oder vierteljährlich) eine Voranmeldung abzugeben, in der der Unternehmer die Umsatzsteuer für den Voranmeldungszeitraum (Voranmeldung) berechnet. Die Vorauszahlung ist 10 Tage nach Ablauf des Voranmeldungszeitraums fällig.